WAS WAR LOS IN LEIPZIG?

- 26.1. 1988 Es finden täglich in der ESG Fürbittandachten statt. Es wird ein Kontakttelefon eingerichtet.
- 1.2. Das Friedensgebet wird verstärkt von Ausreiseantragstellern besucht. (Friedensgebete finden seit 1981 jeden Montag 17.00 Uhr in der Nikolai-Kirche (außer Sommerpause) statt.)
- 8.2. Den Leipziger Superintendenten liegen Konzeptionen für ein Kommunikationszentrum (KOZ) vor.
- 19.2. Gemeindeabend zur Problematik der Ausreise in St. Nikolai (Pf. Führer). AK Gerechtigkeit verteilt Brief betreffs "gesetzliche Regelung der Ausreise". Mindestens 3000 Ausreiseantragsteller werden ihn an E. Honecker schicken.
- 28.2. Grafik-Auktion in der Reformierten Kirche zugunsten der Ökumenischen Versammlung, der Arbeit der Leipziger Basisgruppen und eines neuen Solidaritätsfonds (erst am 13.1.1989 im Bezirkssynodalausschuß bestätigt).
- 2.3. Superintendent Magirius erklärt: "Solange die Problematik mit den Ausreisern (bzgl. Friedensgebet -C.D.) besteht, gibt es kein Kommunikationszentrum."
- 14.3. Messe-Montag, Friedensgebet des Arbeitskreises "Solidarische Kirche" mit anschließenden Zug (ca. 200 Personen) nach St. Thomas und Altem Markt (schweigend und singend).
- 27.6. Initiativgruppe Leben (IGL) hält das Friedensgebet, danach wird Kollekte zur Finanzierung der Strafgelder gegen Jürgen Tallig (Parolen in der Straßenbahnunterführung am Leuchner Platz) gesammelt (über 1000 Mark).
- 29.3. Es gibt immer wieder Indizien dafür, daß staatliche Stellen versuchen, bzgl. Leipziger Kirchentag 1989 die Kirchenleitung zu erpressen.
- 1.4. Friedensgebete dürfen nur noch mit verantwortlichen Pfarrern durchgeführt werden.
- 12.4. Vorbereitungsgruppe für eine Leipziger Friedenswerkstatt besichtigen St. Paulus und St. Martin.
- 16.4. Baumpflanzaktion auf den Abraumhalden im Süden Leipzigs
- 28.4. Friedenswerkstatt wird, da Superintendenten keine Verantwortung übernehmen wollen, abgesagt.
- 2.5. Friedensgebet der Solidarischen Kirche zur Leipziger Umweltsituation (OKR Auerbach erklärt, dies sei wohl kein Friedensgebet mehr gewesen, da zu pessimistisch).
- 8.5. Es wird begonnen, zum Pleiße-Gedenkmarsch am Welt-Umwelttag einzuladen.
- 1.6. Uwe Schwabe (IGL), 2.6. Roland Quester (AG Umwelt) werden zugeführt.
- 2./3. 5. Einladung zum Pleiße-Gedenkmarsch wird in Hausbriefkästen, Hauseingängen, Wartehäuschen, Litfaßsäulen, Telefonzellen usw. verteilt: "...Der Wunsch nach sauberem Wasser soll uns miteinander verbinden, soll uns die Verantwortung für das Morgen bewußt werden lassen, soll uns fordern, aktiv für die Erhaltung der Natur einzutreten. Eingeladen wurden: Bürgermeister der Stadt Leipzig, Sup. Richter, Vertreter des Ministeriums für Umweltschutz... Für ein abschließendes Mahl bitten wir, kleine Portionen an Speisen, Instrumente und Blumen mitzubringen."

- 5.6. Erster Pleiße-Gedenkmarsch (von der Teichstraße bis zum Zetkin-Park; ca. 230 Teilnehmer) findet ohne Behinderung der Sicherheitsorgane (siehe "Umweltblätter" 8/88, S.21ff.) statt.
- 9.6. Brief Pf. Führers bzgl. Abänderung der Friedensgebete an drei Leipziger Pfarrer. Später wird dieser Brief von ihm als Schreiben an die "Vorsitzenden der Gruppen" bezeichnet, auf den die Gruppen nicht reagiert hätten.
- 12.6. Umweltgottesdienst in Deutzchen (b. Leipzig) mit Wallfahrt, die geplante Demonstration mit Plakaten wurde von kirchlicher Ordnungsgruppe unterbunden (Plakate z.B. gegen innerkirchliche Zensur und staatliche Druckgenehmigungs-Praxis).
- 15.8. Brief des Sup. Magirius an die Gruppen, in dem er mitteilt, daß er das Friedensgebet in die Regie des Nikolai-kirchenvorstandes übergeben hat: "...Die meisten Teilnehmer an den Zusammenkünften sind nicht interessiert und engagiert an den Fragen "Frieden - Gerechtigkeit - Bewahrung der Schöpfung" im Sinne des konziliaren Prozesses, sondern erwarten von der Kirche, daß diese sich für ihre Probleme einsetzt. So wenig wir konkret helfen können, wollen wir uns doch dafür einsetzen, daß diejenigen, die einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft gestellt haben, nicht ins Abseits gedrängt werden. Doch im Einzelnen können wir im Grunde nur helfen mit der uns anvertrauten Botschaft des befreienden Evangeliums, das seine Gültigkeit in jeder Gesellschaftsordnung hat. Einige Gruppen haben sich seit der veränderten Situation ohne-hin nicht mehr an der Gestaltung der Friedensgebete beteiligt, anderen scheint die Aufgabe belastend zu sein.
- 18.8. Gespräch beim Generalkonsul der SU in Leipzig über die Arbeit informeller Gruppen, Gesetzes- und Verfassungsänderung und zur Wehrdienstverweigerung in der SU mit Gruppenvertretern. Seitdem regelmäßiger Informationsaustausch.
- 25.8. Offener Brief verschiedener Gruppenmitglieder an Sup. Magirius: "Am 22.8.1988, eine Woche vor Beginn der Friedensgebete nach der Sommerpause, erhielten wir von Ihnen einen Brief, in dem Sie uns erklären, daß 'in der nächsten Zeit' die Basisgruppen von der Gestaltung der Friedensgebets ausgeschlossen sind. Damit beenden Sie eine Gottesdienstform, deren Ablauf und Inhalt seit 1983 durch kirchliche Basisgruppen geprägt wurde. Sie nehmen dadurch den Gruppen eine wesentliche Möglichkeit der öffentlichen Selbstdarstellung sowie eine verbindende gemeinsame Aufgabe. Die in den letzten Monaten vorwiegend durch Ausreiseantragsteller vergrößerte Gemeinde stellt in den Augen der Staatsorgane (für wen auch immer) eine potentielle Gefahr dar. Mit der beabsichtigten Ausgrenzung der Antragsteller stellen Sie sich auf die Seite derer, die dieser Gemeinde ein ehrliches Interesse an Inhalt und Botschaft dieser Gottesdienste absprechen. Die Gemeinde nimmt aber diszipliniert und aufmerksam an den Gottesdiensten teil und wächst mit ihnen. Ihr Urteil über 'die meisten Teilnehmer' ist eine Diffamierung! Mit Befremden stellen wir fest, daß die versammelten Teilnehmer von Ihnen nicht als Gemeinde Christi angenommen werden. Wir fordern:
- Offenlegung der tatsächlichen Hintergründe Ihrer uns unverständlichen Entscheidung,
 - Wiederherstellung der Möglichkeit für die

Leipziger kirchlichen Basisgruppen, die Friedensgebete in Eigenverantwortung (unzensuriert) zu gestalten."

- 29.8. Erstes Friedensgebet nach der Sommerpause, ursprünglich war AG Menschenrechte für das Friedensgebet zuständig, doch Pf. Führer und Sup. Magirius halten die Andacht. Zu Beginn erklärt Führer, daß die neue Regelung nötig sei, "damit das Friedensgebet weiterhin stattfinden kann". Sup. Magirius hatte versprochen, seinen Brief (15.8.) zu verlesen. Da dies nicht geschah, versuchte Jochen Läßig (AG Gerechtigkeit - AGG) den Brief zu verlesen, ~~xxx~~ doch da setzte die Orgel ein. Daraufhin begann es in der Kirche unruhig zu werden und Andreas Radicke (IGL) schaltete den Orgelmotor ab. Nun konnte der Brief und die Protest-erklärung (25.8) ~~xx~~ verlesen werden. Während dessen stieg Pf. Führer auf einen Stuhl erklärte: "Liebe Zuhörer, falls Sie jetzt hierbleiben, wird das bedeuten, daß das Friedensgebet nicht weiter geht... Sie haben mich vorhin verstanden. Das sind keine Leute von uns. Wenn Sie hier weiter bleiben, arbeiten wir nur dem Staat in die Hände, der das Friedensgebet je eher je lieber aufhören lassen will..." Nach dem die beiden Briefe verlesen waren lud Axel Holicki (AGG) noch zu einem Fahrradcorso nach Beucha am 4.9. ein. Dieser Einladung werden 50 Personen folgen.
- 30.8. Der Kirchenvorstand von St. Nikolai gibt bekannt, daß er die Friedensgebet übernehmen wird und erklärt folgende Form für verbindlich: "1. Begrüßung durch ein Pfarrer an St. Nikolai, 2. Lied, 3. Schriftlesung, 4. Schriftauslegung durch einen ordinierten Pfarrer, 5. Gebet, 6. Abkündigungen, 7. Sendungswort, 8. Lied."
- 1.9. Basisgruppentreffen im Stadtjudenpfarramt; Sup. Magirius und Pf. Führer werden dazu gerufen. Es stellt sich heraus, daß die Initiative von Magirius ausging, der Nikolaikirchenvorstand hat sich erst viel später dahinter gestellt.
- 5.9. Messe-Montag, A. Holicki, J. Läßig, Andreas Ludwig (AG Umwelt), Rainer Müller (AKG), Gesine Oltmanns (AKG), A. Radicke, U. Schwabe und Frank Sellenti (IGL) senden Bischof Hempel einen offenen Brief, der ihm am Abend persönlich übergeben wird: "Durch die Art des Umganges, die Sup. Magirius (in Sachen Friedensgebet - C.D.) als auch in verschiedenen anderen Angelegenheiten der letzten Zeit gezeigt hat, hat er unseren Respekt als kirchenleitendes Persönlichkeit, unser Vertrauen auf seine geistliche Kompetenz und unseren Glauben an seine moralische Integrität verloren. Seine Äußerungen vor den Gruppenvertretern widersprechen seinen Äußerungen in anderen Gremien."

Im Friedensgebet wird zu Beginn des Eingangsliedes dieser offene Brief und die von Staat wie Kirche als 'vertraulich' eingestufte Dokumentation des 'Gesprächs' vom 19. 2. 1988 zwischen Bischof Leich und Dr. Jarowinsky (Jogennus Jarowinsky-Papier) verteilt. Nach dem Friedensgebet wird vor der Kirche folgende Erklärung verlesen:

"Wir, d.h. einige Mitglieder der Leipziger kirchlichen Basisgruppen Gerechtigkeit, Initiative Leben und Solidarische Kirche machen heute noch einmal den Versuch, uns an die Öffentlichkeit zu wenden. Bisher hatten wir die Möglichkeit, das in der Kirche zu tun. Vor zwei Wochen wurde uns die Sprecherlaubnis durch die Verantwortlichen entzogen. Entgegen den öffentlichen Beteuerungen des Superintendenten und des Pfarrers dieser Kirche daß ihre Entscheidung allein vor ihrem Gewissen und vor Gott getroffen ist, wissen wir, daß massiver äußerer Druck

zur Absetzung des Friedensgebetes der Gruppen geführt hat. In den Gebeten sind öfter Stimmen laut geworden, die hier im Land nicht an die Öffentlichkeit dürfen: Unzufriedenheit mit Kirche und Staat- Protest gegen Unterdrückung - Aufruf zur Solidarität. Damit soll jetzt Schluß sein!

Wir empfinden die Vorgänge um die Absetzung dieser kirchlichen Veranstaltungen als skandalös:

- zum einen, weil hier Entscheidungen von Leuten beeinflusst werden, die über das, was in der Kirche passiert, nichts zu befinden haben, Leute, die sowohl national als auch international das Recht der freien Religionsausübung und das Recht der freien Meinungsäußerung für ihr Land als verbindlich erklären,
- zum anderen, weil die kirchlichen Vertreter die Verschleierung der tatsächlichen Sachverhalte mitbetreiben, indem sie ihr eigenes Reden und das Reden anderer nach der politischen Gefälligkeit zensieren.

Wenn diese Haltung in der Kirche zur Regel wird, sehen wir die Glaubwürdigkeit dieser Institution gefährdet. Wir sehen uns als Christen und als Leute, die die Wahrheit lieben, verpflichtet, hier zu protestieren. Wir rufen alle Verantwortlichen dazu auf, die wahren Hintergründe ihrer Entscheidungen offenzulegen und wenigstens in ihren Räumen das Recht der freien Meinungsäußerung aufrecht zu erhalten. Wir bitten all jene, denen die Freiheit der Kirche und die Freiheit der Meinungsäußerung in diesem Land am Herzen liegen, sich zu Wort zu melden."

Währenddessen und im Anschluß daran zogen ca. 150 Personen zum Alten Markt.

- 11.9. 40 Leipziger nehmen an Sport Aid teil (DDR-Führung hatte sich dieser Solidaritätsbewegung nicht angeschlossen)
- 12.9. Erklärung der Arbeitsgruppe Menschenrechte:
"Wir sehen, daß auf kirchenleitender Seite die Hoffnung der Zeit des Palme-Friedensmarsches inzwischen einer tiefen Ängstlichkeit gegenüber dem Staat und einer wachsenden mißtrauischen Distanz gegenüber den noch immer hoffenden aktiven Gruppen gewichen ist."
- 19.9. Ausreise-Gruppe sammelt nach dem Friedensgebet auf dem Nikolaikirchhof Unterschriften
- 3.10. Nach dem Friedensgebet werden erstmals die Beton-Platten, die vor der Kirche liegen, als Redner-Bühne genutzt. Information über die Schließung der Zwickauer UB
- 10.10. Nicht nur zu diesem Friedensgebet tragen verschiedene Gemeindeglieder eine Binde vorm Mund, auf die "REDEVERBOT" gedruckt stand.
- 17.10. Nach dem Friedensgebet wurde vor der Kirche von der Berliner Demonstration gegen die Kirchenzeitungsverbote berichtet, Thomas Baumann (AKG) ruft zu einer diesbezüglichen Unterschriften-sammlung auf (274 Unterschriften), A. Holicki ruft zu einer gemeinsamen Fahrt nach Berlin auf, falls die folgenden Kirchenzeitungen wieder verboten werden.
- 20.10. Zuggeführt werden: Beate und Manfred Fahrnländer, A. Holicki, am 21.10. Stefan Fahrnländer
- 21.10. A. Holicki wird für 7.00 Uhr ins Stadthaus bestellt und mußte bis 12.00 Uhr die Stadt gen BRD verlassen.
- 23.10. Michael Arnold (IGL), A. Radicke und Andree Botz (IGL) werden zugeführt, am 24.10. noch Thomas Baumann (AKG)
- 24.10. Friedensgebet: Während des Eingangsliedes "Oh komm du Geist der Wahrheit" gehen Basisgruppenvertreter mit Kerzen und folgenden Plakaten: "Wir mahnen, an die zu denken, die gehen mußten." "Wir mahnen, die Wahrheit zu sehen." "Wir mahnen uns, danach zu handeln:!" "Mündigkeit verpflicht-

- tet-ziviler Ungehorsam" vor in den Altarraum und stellen bzw. setzen sich dort hin. F.Fischer (weltlicher Priester, der die Gestaltung der Andacht übernommen hatte und von dieser Aktion nichts vorher wußte) begrüßte jeden mit Handschlag und "Friede sei mit dir!". Er geht als erster (seit dem Brief vom 15. 8.) in der Predigt auf die Probleme der Friedensgebetsgestaltung ein. Die Gruppenmitglieder beteiligen sich spontan mit einer eigenen Fürbitte...Am Schluß versuchte G.Oltmanns eine Erklärung zu dieser Aktion zu verlesen, doch das Mikrophon wird sofort abgeschaltet. Es kommt zu einer tumultartigen Diskussion, bei der die Kirchenleitung verspricht, daß am 7.11. im Friedensgebet eine gemeinsame Erklärung von Kirchenleitung und Gruppen zu den Friedensgebeten verlesen werden. Danach stellen sich die Plakatträger vor der Kirche auf, die Gemeinde steht mit brennenden Kerzen, die Gruppenmitglieder verteilen, davor. Dann wurde die Erklärung verlesen und berichtet, wer zugeführt wurde oder das Land verlassen mußte.
- 26.10. Katrin Hattenhauer (AKG), R.Müller, U.Schwabe, F. Sellentin werden zugeführt. Ihnen wurde mitgeteilt, daß auf Grund des 24.10. gegen sie ein Prüfungsverfahren läuft. Falls dies positiv ausfällt, wird nach § 106 (StGB, 'staatsfeindliche Hetze') gegen sie ermittelt.
- 27.10. wurde G.Oltmanns und am 31.10. Anita Unger aus gleichem Grund zugeführt.
- 29.10. Erster Leipziger Rumänientag (getragen von der Bezirksgruppe der Aktion Sühnezeichen, durchgeführt von einer Projektgruppe), Teilnehmer verabschieden eine Protestnote gegen Ordensverteilung an N.Ceausescu.
- 31.10. Langer Abend zum Sozialen Friedensdienst in St.Lukas (IGL und AKG)
- 1.11. J.LäBig wurde vorgeladen, am 4.11. U.Schwabe, ihm wurde mitgeteilt, daß das Prüfungsverfahren für F.Sellentin, A. Unger, R.Müller, G.Oltmanns, J.LäBig, K.Hattenhauer und für ihn vom Staatsanwalt verlängert wurde. Später wird ihnen mitgeteilt, daß sie Ordnungsstrafen in Höhe bis 500 Mark zu zahlen haben. Dagegen wurde Beschwerde eingelegt, der nicht stattgegeben wurde, weshalb nicht gezahlt wird.
- 7.11. Andacht zur Friedensdekade der Solidarischen Kirche zum Thema: Sprache des Friedens bzw. (Ver)Wesen der Sprache. Zum Schluß der Andacht wird bekannt gegeben, daß das Gespräch zwischen Gruppenvertretern vom 29.10. zu keinem Konsens geführt hatte, weshalb es keine gemeinsame Erklärung gibt.
- 9.11. Andacht zur Friedensdekade von der Bezirksgruppe der Aktion Sühnezeichen, anschließend ein Schweigemarsch mit Kerzen im Gedenken an die Prognomnacht 1938 zum Ort der ehemaligen Synagoge, wo die Kerzen aufgestellt werden. Parallel dazu wurde folgendes Flugblatt verteilt:

"Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung der DDR Leipzig, den 9.Nov.
Die Prognomnacht vor 50 Jahren mahnt uns:

Die Menschen in Deutschland waren 1938 durch fünf Jahre faschistische Diktatur und Ideologie im Denken und Fühlen geprägt und deformiert. Haß und Gewalt gegenüber Andersdenkenden fanden in den Köpfen der Menschen damals ihre Legitimation. Die Angs vor dem totalitären Staatsgefüge und das Mißtrauen zu seinen Mitmenschen breiteten sich in der Gesellschaft aus. Unter dem ständigen Einfluß des faschistischen Massenkultes wurden Kritik und Aufbegehren bis ins eigene Denken selbstzensuriert. Die Menschen zogen sich in die Privatsphäre zurück. Sie vollzogen eine innere Emigration oder mußten emigrieren.

Wissen und Ahnung um Rassenverfolgung und Gewalt gegen Andersdenkende brachte nur wenige Menschen zum Handeln.

Wir erfahren durch die Aufarbeitung der Zeit des Stalinismus aus den Zeitungen der Sowjetunion, wie Andersdenkende unter dem Deckmantel der marxistisch-leninistischen Ideologie verfolgt und ermordet wurden.

Wir erleben in unserem Land, wie Menschen mit konstruktiv-kritischen Meinungen kriminalisiert und als Staatsfeinde verfolgt werden. Wir erleben Ausgrenzung und Diskriminierung. Wie lange werden wir als mündige BürgerInnen des ersten sozialistischen Staates auf deutschen Boden noch zusehen:

Wenn Skinheads und einige Fußballfans neonazistische Parolen schreien?

Wenn verfassungswidrige Ausländerfeindlichkeit gerade auch gegen das leidgeprüfte polnische Volk um sich greift?

Wenn ein Vertreter der Kreisleitung der FDJ an der C.v.Ossietzky EOS in Berlin, im Zusammenhang mit der Religierung und Schulstrafen gegen Schüler, die die offizielle "Speakers Corner" zum friedlichen Meinungsstreit über die Situation in Polen und Militärparaden nutzen, sagte, 'man bemühe sich, um jeden zu kämpfen (z.B. um Grabeschänder, Skinheads u.a.), aber in diesem Fall müßte die Trennung von eindeutig staatsfeindlichen Schülern erfolgen'?

Wenn die Freiheit der Presse über alle gesellschaftlichen Bereiche zu berichten, durch die sogenannte Druckgenehmigungspraxis verhindert wird?

Wenn junge Menschen, die sich anders kleiden als die Mehrheit der Bevölkerung, wie die Punks in Dresden, wegen 'unästhetischen Aussehens' Ordnungsstrafen zahlen müssen oder physische Gewalt durch Polizisten erleiden müssen?

Wenn Mitarbeiter der Kirche von Unten in Weimar - wie z.B. Jörg Winkler - für ihr Engagement zur Aufklärung über IWF und Weltbank psychisch unter Druck gesetzt und physisch mißhandelt werden?

Wenn Mitarbeiter kirchlicher und unabhängiger Gruppen - wie am 8.10., 7.11., 4.11. in Berlin und zwischen dem 20.10. und . . . in Leipzig geschehen - auf Grund ihres friedlichen Engagements und ihrer öffentlichen Meinungsbekundung zugeführt und Ermittlungsverfahren wegen krimineller Handlungen angedroht werden?

Wenn Schriftsteller - wie am 1.11. Johannes Bader - nach Lesungen, bei denen sie auch über gesellschaftliche Probleme informieren, polizeilich zugeführt und Manuskripte beschlagnahmt werden?

Wenn wir das Gedenken an die Pogromnacht für uns annehmen, müssen wir unsere Verantwortung als Mensch wahrnehmen, die Verantwortung für die Unverletzlichkeit der Menschenwürde; die Verantwortung für die Freiheit der Menschen in unserem Land; die Verantwortung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Wir protestieren gegen neostalinistische Tendenzen in der Gesellschaftsstruktur der DDR. Wir protestieren gegen neonazistische Tendenzen im Denken und Handeln einiger Menschen dieses Landes.

Wir fordern die Regierung der DDR auf, die Kriminalisierung und Ausgrenzung von Andersdenkenden, die die Würde des Einzelnen achten, zu beenden.

Wir fordern einen öffentlichen Dialog aller gesellschaftlichen Kräfte, der Kritik und Selbstkritik einschließt über alle Problemfelder dieses Landes...."

10.11. Arbeitskreis Gerechtigkeit gestaltet die Andacht zusammen mit "Cäsar und die Spieler" (Peter Glaser, ehemals Renft), das Sendungswort spricht J.Läßig:

"Bei einem Stasi-Verhör fragte der Beamte, was bei uns eine brennende Kerze zu bedeuten habe...Ich sagte: Sie brennt halt einfach für sich...Er sagte: Bedeutet das nicht vielleicht Zusammenhalt? Vielleicht hatte er recht... Als ich 1983 das erstmal zufällig in diese Kirche kam, war gerade Friedensdekade.

Die Kirche war voller junger Menschen. Viele hatten eine Kerze mit ..Dann geschah folgendes, was mich völlig verwirrt hat. Ein Jugendpfarrer stellte sich vor und forderte alle auf - unter dem Spruch: Messer, Schere Licht gehören in der Kinderhände nicht! - die Kerzen vorne abzugeben. Der Grund: Die Polizei warte vor der Kirche und wolle alle Kerzenträger abtransportieren oder mit Geldstrafen versehen. Ich war über die Handlungsweise des Jugendpfarrers entsetzt. Statt gegen diese Ungeheuerlichkeit laut zu protestieren, unterstütze er mit seinem Auftreten in psychologischer Geschicklichkeit das Anliegen derer, die nur das eine wollen: Ruhe im Land...Inzwischen sind wir etwas erwachsener geworden...Statt die Kerzen einzusammeln, wollen wir welche ausgeben. Wenn wir sie dann in der Kirche entzünden, heißt es dann nur Zusammenhalt? ...Mit der Kerze wollen wir in die Finsternis leuchten, die uns umgibt. Sie soll Wärme geben, die wir brauchen und andere...Vielleicht können wir diese Wärme weitertragen, auch hinaus zu denen, die an den Straßenecken herumstreihen - in dieser kalten Jahreszeit - und keine richtige Arbeit haben. Ich wünsche allen einen friedlichen Heimweg." (Nach Gedächtnis)

- 11.11. Lange Friedensnacht der Leipziger Gruppen, Pf. Führer erklärt: "Am Tag des Progromgedenkens. Mittwoch, wurde am Ende des Friedensgebet Blätter verteilt, ohne daß wir von dieser Tatsache, geschweige denn vom Inhalt auch nur andeutungsweise informiert worden sind. Einige scheinen unsere Kirche mit einem Warenumtauschplatz zu verwechseln.
3. Was wir gestern Abend hier erlebten, läßt auch bei weitherziger Auslegung den Begriff "Friedensgebet" nicht mehr zu. Bibeltext, Gebet, Segen, Glaubensbezug überhaupt: Fehlanzeige. Stattdessen gab es - neben einem guten Einstieg und zwei inhaltlich durchdachten Beiträgen - einen böden Angriff auf den vorherigen Jugendpfarrer, eine völlig sinnentstellte Darstellung der 83iger Vorgänge in unserer Kirche und ein sogenanntes Fürbittengebet, das zur Propagierung des Unglaubens, zu Tips für das Verhalten bei der nächsten Wahl und zu provokativ-politischen Appellen entartete. Wobei ich bei Provokationen dieser Art nach wie vor nicht weiß, von wem sie eigentlich kommen. Man kennt diese Menschen gar nicht...Die Kirche wurde zum Plenarsaal herabgewürdigt... Sicherlich ist nun die Handvoll Personen, die unter dem Deckmantel einer Gruppe die Entchristlichung des Friedensgebetes betrieben, dicht vor ihrem Ziel. Andere wohl auch..."
- 19.11. Postzeitungsvertrieb streicht auf höhere Anordnung die sowjetische Zeitschrift "Sputnik" von der Vertriebsliste.
- 21.11. Gespräch zwischen Kirchenvorstand St. Nikolai, Vertretern verschiedener Gruppen (auf Einladungsbrief des Bischofs) und Bischof Hempels, welches vom Bischof so eingeleitet wurde: "Mit dem Friedensgebet kann es so nicht weitergehen."
- 23.11. Katrin Hattenhauer, J.Läßig und G.Oltmanns treten aus dem Arbeitskreis Gerechtigkeit aus.
- 26.11. Bezirkssynodalausschuß stellt Antrag an den Kirchenvorstand St. Nikolai auf erneute Übernahme der Friedensgebete durch die im Ausschuß vertretenen Gruppen.
- 27.11. findet in den Räumen der ESG der Aktionstag für die Schüler der Berliner C-v-Ossietzky-EOS und zur Lage der Pädagogik in der DDR statt.
- 28.11. Während einer Veranstaltung der Dokumentar- und Kurzfilmwoche werden vor dem Kino CAPITOL Luftballons mit der Auf-

Schrift "Sputnik" in die Luft steigen gelassen. Etwa 60 Sicherheitsbeamte mischten sich unter die 30 Protestierenden und versuchten, die Ballons mit brennenden Zigaretten zu zerstören. Danach werden bei einigen die Personalien kontrolliert. Am 2.12. folgen Vorladungen und u.a. für Uwe Der, G.Oltmanns, Fred Kowasch, ~~Claudia~~ Katrin Vofz
Tages Ordnungsstrafen zwischen 200 und 800 Mark.

8.12. Pf. Führer verschickt folgenden Brief an die Gruppen:

"Die Friedensgebete sollen von den im 'Bezirkssynodalausschuß für Frieden und Gerechtigkeit der Bezirkssynode Leipzig Ost' vertretenen Gruppen gestaltet werden..."

A) Grundsätze:

1. Personen oder Gruppen bzw. die von ihnen geäußerten Inhalte dürfen dem Evangelium vom Kreuz CHRISTI als Wort von der Versöhnung nicht widersprechen und müssen auf dem Boden der Gebote GOTTES insoweit stehen, als sie 'Leben erhalten' wollen.
2. Zu diesen Erwartungen gehört ein Mindestmaß an Konstruktivität. Wirklichkeitsbeschreibungen, die lediglich in Ausweglosigkeit enden, widersprechen der geforderten Mindestübereinstimmung mit dem Auftrag der Kirche.
3. Auch die Formen des Auftretens müssen mit den Inhalten in Einklang zu bringen sein. Das betrifft z.B. Herabwürdigung anderer oder Formen der Auseinandersetzungen.
4. Die Spielregeln des Zusammenlebens in der Kirche müssen akzeptiert werden. Das heißt z.B., es muß Toleranzbereitschaft gegenüber anderen Aktivitäten und Positionen in der Kirche erwartet werden.
5. Die Verteilung von Vervielfältigungen und Druckerzeugnissen in der Nikolaikirche ist untersagt. Ausnahmen liegen in der Verantwortung" eines Pfarrers an St. Nikolai, eines Kirchenvorstandsmitgliedes und mit Einschränkung der jeweiligen Gruppe und Pf.Bergers. Bis zum 6.1. sollten schriftliche Rückäußerungen dem Kirchenvorstand zukommen.

10.12. Anlässlich des Menschenrechtstages gaben verschiedene Menschenrechtsgruppen ihre Vernetzung öffentlich bekannt. Ab

6.12. wurde folgendes Informationsblatt in verschiedenen Orten der DDR verteilt: "ARBEITSGRUPPE ZUR SITUATION DER MENSCHENRECHTE IN DER DDR" "...Der Stand bei der Verwirklichung der Menschenrechte ist ein entscheidender Indikator für den Zustand einer Gesellschaft. Aus diesem Grunde ist die Information der Öffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen unerlässlich, auch um Ansatzpunkte für eine breite Diskussion über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und zu notwendigen Veränderungen zu markieren..."

Kontaktadressen:

...Güstrow: Heiko Lietz, 2600 Güstrow, Tretsche Str. 11, Tel. 262271

Halle: Katrin Eigenfeld, 4020 Halle, Marthastr. 12

Jena: Peter Oberthür, 6821 Dorndorf, Bürgelsche Str. 10, Tel. 469

Leipzig: Wolfgang Sarstedt, 7050 Leipzig, Elsastr. 12

Doreen Penno, 7030 Leipzig, Löbniger Str. 14

Naumburg: Michael Klein, 4800 Naumburg, Wilhelm-Pieck-Platz 11..."

Ursprünglich war parallel dazu eine direkte, öffentliche Aktion geplant, da aber die innenpolitische Stimmung prekär war, wurde ab 5.12. folgendes Flugblatt im Freien oder per Hausbriefkasten verteilt: "Am 10.12. 1948 verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Nach 40 Jahren müssen diese Rechte immer noch in diesem Lande eingeklagt werden. Vermutlich wird gerade am 10.12. das öffentliche Eintreten für die Menschenrechte durch massive Demonstration staatlicher Sicherheitskräfte im Planquadrat L 19

(Stadtplan Leipzig, 9. Auflage, 1987) verhindert." Es folgt eine detaillierte Inhaltsangabe der Menschenrechtscharta. Ein Teil der Mitarbeiter verschiedener Gruppen hatte schon vor dem 10.12. Wohnung bzw. Leipzig verlassen (teilweise unter offensiven Beschattung sogar noch im Zug). Michael Arnold berichtet:

"Seit dem 9. 2. gegen 22.00 Uhr wurde unser Haus beobachtet. Vier Herren in Zivil saßen in zwei Wagen (Trabant). So waren sie auch noch am Morgen des 0. 2. präsent, als ich das Haus verließ. Die Köpfe in den Mänteln vergraben, saßen sie hinter beschlagenen Fensterscheiben. Ähnlich war es auch, als ich in den Mittagsstunden zurückkam, nur daß sie sich diesmal zu viert in einen Trabant gedrückt hatten. Diesen erbärmlichen Zustand der 'Männer im Kleinstwagen' etwas zu erleichtern, reichte ich den Kreuzworträtsel lösenden und Eulenspiegel lesenden Herren dampfenden Kaffee und Gebäck vom Nikolaustag. Nach einer Stunde standen sie - zu zweit - vor meiner Tür, um das Geschirr zurückzubringen. Immer noch sichtlich verwirrt, wie man ihnen auf offener Straße etwas Gutes tun kann. Sie kamen dann noch - auf mein Bitten - zwei Schritte in die Wohnung hinein. Mein Anraten, doch in der guten Stube Platz zu nehmen, schien den Herren dann doch zu kühn: sie lehnten unter gegenseitigen Blicken ab. Meine Neugierde zu tilgen, begann ich nun noch Fragen zu stellen. Als ich das Wort 'geheim' ausspreche, nickten sie einmütig und ihre Augen signalisierten, daß sie froh waren, daß ich nun nicht weiterfragen könne. Zum Schluß bestätigten sie mir meine Vermutung, daß ihr Dasein in Verbindung zur Kreis-Deligiertenkonferenz in der Leipziger Oper (Planquadrat L 9) stand. Verblüffend war dann noch der militärische Gruß zum Abschied. Die vier Beobachter verbrachten ihre Dienstzeit noch bis zum Abend 'vor Ort'."

12.1.1989 Kurz nach Mitternacht werden in verschiedenen Leipziger Stadtbezirken folgendes Flugblatt in Briefkästen verteilt (ca.5000):

Aufruf an alle Bürger der Stadt Leipzig

70. Jahrestag der Ermordung zweier Arbeiterführer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht; und wieder werden Tausende Werktätige verpflichtet, einer Kundgebung beizuwohnen, bei der die Redner die jährlich wiederkehrenden Ansprachen halten. Beide Arbeiterführer traten für die allumfassenden politisch und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse ein, so auch für ein ungehindertes Vereins- und Versammlungswesen, für eine freie und ungehemmte Presse, für allgemeine Wahlen und den freien Meinungskampf.

Menschen, die dieses Vermächtnis unter Berufung auf die Verfassung unseres Landes nach 40 Jahren DDR-Geschichte in Anspruch nehmen, werden immer wieder kriminalisiert.

Der Tag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht soll uns Ahlpaß sein, weiter für eine Demokratisierung unseres sozialistischen Staates einzutreten. Es ist an der Zeit, mutig und offen unsere Meinung zu sagen. Schluß mit der uns lähmenden Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit. Lassen Sie uns gemeinsam eintreten für das Recht der freien Meinungsäußerung, für die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, für die Pressefreiheit und gegen das Verbot der Zeitschrift "Sputnik" und sowjetischer Filme.

Um nicht die offizielle Kundgebung ~~xxxxxxx~~ in ihrem eigenen Anliegen zu stören, rufen wir Sie auf, gemäß Artikel 27 und 28 der Verfassung, sich am 15. Januar 1989 um 6 Uhr auf dem Markt vor dem Alten Rathaus zu versammeln. Anschließend ist ein Schweigemarsch mit Kerzen zur Gedenkstätte in der Braustraße vorgesehen.

'Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Land, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist.' (Rosa Luxemburg, Ges. Werke Bd. IV...)

INITIATIVE FÜR DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG UNSERER GESELLSCHAFT"

Vom Briefkästengang weg wurden gegen 3.00 Uhr Carola Bornschlegel (21. J., Sachbearbeiterin) und Udo Hartmann (26. J., Operativ-technologe) verhaftet, nach Dienstschluß dann U. Schwabe (27. J., Hausdurchsuchung in seiner und in der Wohnung seiner Mutter) und J. Läßig (27. J., Theologiestudent und freischaffender Musiker).

13.1. Constanze Wolf (22 J., Krankenschwester, Mitglied der Leipziger Bezirksgruppe der Aktion Sühnezeichen) wird 11.00 Uhr von der Arbeit weg zugeführt, später wird Haftbefehl erlassen (Hausdurchsuchung am 14.1.). Am Nachmittag werden Frank Selentin, ~~Rxxxx~~ (22 J., Möbeltischler), Rainer Müller (22. J., Theologiestudent), M. Arnold (24 J., Stomatologiestudent) und G. Oltmanns (24 J., Sachbearbeiterin im Musikverlag) verhaftet. Die Hausdurchsuchungen sind am gleichen Tag. In der Nacht wird begonnen, das Ausmaß der Übergriffe der Staatssicherheit zu rechtfertigen. Weiter Flugblattverteiler werden beobachtet bzw. tauchen unter. Wie die "Leipziger Volkszeitung" am nächsten Tag mitteilt, wurde der Chef der VP im Bezirk Leipzig "aus gesundheitlichen Gründen" ausgewechselt.

14.1. Andree Botz (25 J., zu der Zeit Hausmann, verheiratet, 2 Kinder) und Michaela Ziegst (18 J., Studentin für Krippenerziehung, IGL) werden am Vormittag verhaftet, daraufhin weitere Hausdurchsuchungen. Während des regulären Arbeitseinsatzes an St. Lukas wird die Einrichtung eines Kontakttelefons beraten, welches sofort seine Arbeit aufnimmt. Es wird bekannt, daß die Wiener KSZE-Verhandlungen zum Abschluß kommen. Rechtsanwalt W. Schnur sagt zu, die Verteidigung der Betroffenen zu übernehmen. Mitglieder aus verschiedenen Gruppen beginnen Pfarrer um Andachtsräume zu bitten, Protesterkklärungen zu schreiben und zu vervielfältigen, Kontrollbesuche zu machen... Erste Solidaritäts- bzw. Protesterkklärungen gehen ein: Zwickau, Kirche von Unten (Berlin), Fräudensarbeitskreis Naumburg, Solidarische Kirche (Jena), Komitee zur Verteidigung und Verwirklichung demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West - in ganz Deutschland; in Bautzen findet erste Fürbittandacht statt.

15.1. Früh, Andacht im Gemeindehaus von St. Lukas... 15.00 Uhr steht um die Leipziger Innenstadt und nochmals um den Alten Markt VP in Uniform. Vor dem Alten Rathaus stand ein Wasserwerfer (Feuerwehr). Der davor postierte Polizist teilte mit, daß bei dem daneben parkenden Trabanten Benzin ausgelaufen sei. 16.05 Uhr sind sämtliche Autos vom Alten Markt verschwunden und unter den Arkaden um den Eingang zum Untergrundmessehaus, am/im Passageneingang und auf dem Markt warten ca. 800 Menschen. Mittendrin stehen Schupo's mit Sprechfunk und am Messehaus ist (wie an den Messe-Montagen) eine Kamera angebracht. Als Fred Kowasch auf die Brüstung des Eingangs zum Untergrundmessehaus stieg, scharften sich die Wartenden um ihn und hörten auf seine - auch am Rande noch zu verstehende Rede:

"Wir haben uns hier versammelt um an den 70. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu erinnern. Sie wurden verfolgt, weil sie sich nachdrücklich und konsequent für gesellschaftlichen Fortschritt einsetzten. Wir wollen ihrer mit einem Schweigemarsch gedenken. Aber bevor wir schweigen, werden wir reden! Und zwar von den erneuten staatlichen Eingriffen in die Freiheit der Persönlichkeit! Im Vorfeld dieser Veranstaltung kam es zu

elf Verhaftungen von Mitgliedern des AK Gerechtigkeit und der Initiativgruppe Leben. Wir protestieren scharf dagegen und fordern die Einstellung der Ermittlungsverfahren. Des Weiteren wenden wir uns gegen die erfolgten Hausdurchsuchungen und zahlreichen Zuführungen. Dieses Vorgehen verdeutlicht, daß zur Zeit praktisch grundlegende Artikel der Verfassung außer Kraft gesetzt sind. Es betrifft im Besonderen Andersdenkende, die sich für Reformen in der erstarrten Gesellschaftsstruktur der DDR einsetzen. 'Ein Sozialismus ist ohne die uneingeschränkte Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit nicht möglich.'

Danach formierte sich langsam der Zug. Die Demonstranten hakten sich Reihenweise unter und liefen sehr langsam, damit sich zwischen den Reihen kein Abstand bildete. Eher schweigend zogen sie am Restaurant KIEW, dem Kino CAPITOL und dem Kaufhaus CETRUM vorbei, während am Rande die Kameras klickten und blitzten. Als sie ungefähr 300 Meter gegangen waren, stellte sich ihnen ein Streifenwagen in den Weg (Höhe Tee-Haus). Durch Lautsprecher wurden die Demonstrierenden aufgefordert, die "nicht-genehmigte Zusammenkunft" zu verlassen, sonst wäre mit Ordnungsstrafen zu rechnen. Der Zug blieb aber nicht stehen. Daraufhin fuhr der Streifenwagen weg und stellte sich 20 Meter weiter auf. Nun wurde mit Haftstrafen gedroht (§217, StGb, "Zusammenrottung"). Doch die Einschüchterung wirkte kaum, einige Pfiffen andere lachten. Da der Zug nicht stehenblieb, fuhr der Streifenwagen weg und 4 LKW's der Schupo fohren vor, ca. 30 Polizisten nahmen die in den ersten 3 Reihen warschierten fest, d.h. zerrten sie über die Straße zu den LKW's und verfrachteten ca. 60 Personen in die Dimitroffstraße (wo die an den Vortagen verhafteten in U-Haft saßen). Gleichzeitig wurde ein Kameramann von Zivilisten niedergeschlagen und ein Schüler, der mit einem Recorder die Szene (Poizei-Funk) mitschnitt "z geführt". Nun begann sich der Marschblock aufzulösen. Ein Rest (ca. 300 Personen) versuchten noch - an der Sparkasse, dem Neuen Rathaus und Dimitroff-Museum vorbei - bis zur Liebknecht-Luxemburg-Gedenkstätte zu kommen. Doch nun reichten die Sicherheitskräfte, um den Weg völlig abzusperren (Braustraße). Es wurden nochmals ca. 20 Demonstranten auf einen LKW verfrachtet und, da die Dimitroffstr. (Polizei-Quartier) überfüllt war, erst einmal in eine Turnhalle in Pausendorf gebracht. Auf der Polizeistation wurde anfangs nach einem Frage-Katalog verhört, später dann Kurzprotokolle aufgesetzt. Sie endeten mit der Belehrung, daß die Beteiligung an einer nicht genehmigten Demonstration geahntet wird und bei Wiederholung mit Ordnungsstrafen zu rechnen ist. 20.00Uhr war die erste Leipziger Abend-Fürbittandacht (in St.Lukas)

- 16.1. Der Montag war Pfändungstag für die nichtgezahlten Ordnungsstrafen(s.1.11.38), es erscheint jedoch niemand. Das Kontakttelefon wird im Stadtjugenpfarramt eingerichtet. A. Botz, M. Ziegst, C. Bornschlegel und U. Hartmann werden bei laufenden Ermittlungsverfahren und Leipziger Arrest aus der Haft entlassen (15.1.1989). Während des Friedensgebetes wird die Erklärung der Leipziger Superintendenten verlesen (siehe Anhang). Nach dem Friedensgebet wird ein Modus für ein längerfristiges Kontakttelefon erarbeitet. 20.00Uhr Informationsabend in St. Markus, anschließend spricht W. Schnur mit Angehörigen und den nicht inhaftierten Betroffenen. Fred Kowasch (23 J., arbeitslos, 13.00Uhr verhaftet, Hausdurchsuchung 15.00-17.30Uhr) wurde verhaftet. In Wien (KSZE-Verhandlung) wird die Protestnote der Polnisch-Tschechischen Solidarität bekannt.

In dem Raum saßen wir eine ganze Weile, manche schliefen, andere spielten Skat. Es gab auch vereinzelte Gespräche: Wie ist das wohl, mit einem Schlagstock vor einem Menschen zu stehen, den Stock einzusetzen?

Ich ging auf den Innenhof des VPKAs, um eine Zigarette zu rauchen. Auch dort Gespräche, teilweise recht makaberen Inhalts, in Bezug ~~XX~~ auf die kommende Sache. Einer sagte, die Leute sollen zu Hause bleiben, ihretwegen müßten wir die freien Sonntage opfern. Die vergitterten Fenster der U-Haft waren vom Hof aus zu sehen. Ein eigenartiges Gefühl, eine Einstimmung auf das Kommende. Ich wollte meine Ruhe haben und ging wieder rein.

Ca. 16.00 Uhr mußten wir uns anzichen und auf den LKWs aufsitzen. Ich nehme an, daß kaum einer von uns bewußt wurde, was nun eigentlich passierte. Die "Trainingshaltung" wurde kaum durchbrochen. Wir saßen noch eine Weile auf den LKWs, noch ging nichts los. Einige waren der Meinung, da käme sowieso keiner, es würde wohl kaum etwas passieren. Während dieser Zeit des Wartens fuhren etwa 3-4 LKWs mit zivilen Personen in den Hof.

Ca. 16.45 Uhr fuhren wir in eine Straße südlich vom Marktplatz. Mir liefen die ersten Schauer über den Rücken; Toni-Wagen mit Blaulicht und Sirene, LKWs. Starke Bremsung, eine hektische aggressive Stimme befahl: "Absitzen" und "in Marschordnung formieren"! Jeder versuchte so schnell wie möglich von den Wagen herunterzukommen und sich aufzustellen. Exerzierformen wurden weggelassen. Es ging offensichtlich nur darum, die Straße vor der Kreuzung so schnell wie möglich abzusperren. Es folgten Befehle wie: "Enger zusammenrücken", "Mann neben Mann" usw. Dann kam eine Straßenbahn, mehrere Autos und Fußgänger, die die Kreuzung ~~so schnell wie möglich passieren wollten~~ passieren wollten, welche wir abgesperrt hatten. Sie wurden zunächst nicht durchgelassen. Autofahrer stiegen aus, fragten, was los sei - die Empörung, Verständnislosigkeit war den Leuten anzusehen, viele schüttelten den Kopf. Der Straßenbahnfahrer stieg aus und sagte, er müsse die Fahrgäste weiterbringen. Nach einigen Minuten stand plötzlich ein Toni-Wagen hinter unserer Absperrung und durch Lautsprecher wurde gesagt: "Mit ihrem Auftreten stören sie die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Sie können strafrechtlich belangt werden. Lösen sie die Demonstration auf, sie machen sich sonst strafbar wegen Zusammenrottung!" (Es waren keine Demonstranten da, nur ein paar zivile Passanten!) Fußgänger wurden dann durchgelassen, die Autofahrer wendeten entrüstet. Uns wurde dann gesagt, daß die Demonstranten hier nicht lang kämen. Ich hatte das Gefühl, unsere Vorgesetzten wußten auch nicht so richtig, was sie nun eigentlich tun sollten ...

Wir lösten die Absperrung auf und wurden zur Gedenkstätte gefahren. Die Straße wurde von uns oben und unten mit ca. 15 Mann abgeriegelt. Ich beobachtete Staasi-Leute, die aufgeregt innerhalb und außerhalb der Straße hin & her gingen. Wahrscheinlich erhielten sie von einem Vorgesetzten innerhalb der Absperrung Anweisungen. Andere Staasi-Leute waren damit beschäftigt, die Ausweise von Passanten zu kontrollieren, die sich der Straße näherten. Nur Anwohner wurden durchgelassen. Es kamen mehrere Grüppchen, die stehenblieben und dem Treiben zusahen. Ich hatte beklemmende Gefühle, Tränen standen mir in den Augen (war es der Wind oder ...?) Mein Freund neben mir starnte stumpf vor sich hin. Ich stehe hier als Polizist, muß als Grundwehrdienstleistender Dinge tun, die ich mit meinem Gewissen nicht vertreten kann. Ein Glück, daß wir mit den eigentlichen Demonstranten nicht in Berührung kamen. Diese mystische Umgebung, die Dunkelheit, Bronx-Assoziationen, die Schatten der Polizisten am anderen Ende der Straße, Toni-Wagen mit Blaulicht und Sirene, ... irgendwie ein gespenstisches Klima

Eins habe ich vorhin vergessen: Als wir die Sperrkette in der ~~XX~~ Straße aufzogen, schaute eine junge Frau aus dem Fenster. Nach einiger Zeit schloß sie das Fenster, zündete in Zimmer Kerzen an und spielte Geige.

Offener Brief - 17. Januar 1989

An die Bürger der DDR!

An die Bürger der DDR, die eine demokratische Erneuerung als dringend notwendig betrachten.

Heute vor einem Jahr reagierte die Staatsführung der DDR auf unsere Forderungen nach sozialistischer Demokratie, wie sie den Ideen und der Weitsicht Rosa Luxemburgs entspricht, mit Staatsdruck, Verhaftungen und Ausbürgerungen.

Jetzt, wo sich junge Menschen, die sich für die Umgestaltung der erstarrten Gesellschaftsstrukturen engagieren, die gleiche Willkür der Mächtigen.

Die sofortige Freilassung der Inhaftierten ist die einzig akzeptable Möglichkeit, den vom Staat provozierten Konflikt zu lösen.

In der Verfassung der DDR sind die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit garantiert. Mit der Kriminalisierung derer, die von diesen Rechten Gebrauch machen, verstößt die Regierung gegen die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens und versucht die dringend notwendige demokratische Erneuerung des Landes mit stalinistischen Mitteln aufzuhalten.

Wir bitten Sie um die Solidarität mit unseren Leipziger Freunden, damit ihnen nicht dasselbe widerfährt wie uns, die wir das Land verlassen mußten.

Freya Klier
Lotte Templin,
Vera Wollenberger,
Ralf Hirsch,
Stefan Krawczyk,
Wolfgang Templin,
Werner Fischer,
Barbel Bohley

Erklärung der polnisch - tschechoslowakischen Solidarität

Die Staatspolizei der DDR hat in den Tagen vom 12.-14.1.1989 in Leipzig eine breite Aktion durchgeführt. Während dieser Aktion wurden Aktivisten von drei unabhängigen Bürgerinitiativen festgenommen und in die Untersuchungs-haftanstalt geworfen. Es handelt sich um die Initiativegruppe Leben, den Arbeitskreis Gerechtigkeit und die Aktion Sühnezeichen. Zu den Verhafteten gehören: Gisela Oltmanns, Rainer Müller, Jochen LaBitz, Michael Arnold, Frank Sellentin, Andre Botz Uwe Schwabe, Udo Hartmann, Carola Bornschlegel, Constanze Wolf, Michaela Ziegs.

Sie sind zwanzig bis achtundzwanzig Jahre alt und gehören zu den Hunderten und Tausenden in der immer stärker werdenden unabhängigen Bewegung, die die Hoffnung des Landes ist. Ihre Inhaftierung wird allgemein in Zusammenhang gebracht mit einer öffentlichen Versammlung zum 70. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die heute stattfinden soll und zu deren Teillahme die Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung der DDR aufgerufen hat.

Diese Initiative will durch die Versammlung vor dem alten Rathaus und einem Schweigemarsch mit Kerzen zur Braustraße Licht nur das Andenken der Repräsentanten des Proletariats ehren, sondern auch darauf hinweisen, daß die Grundrechte, also das Recht auf die Rede-, Versammlungs- und Vereinigungs-freiheit in der DDR bisher nicht gesichert sind. Gleichzeitig wird man auch auf das Verbot der sowjetischen Zeitschrift "Sputnik" und das Verbot einiger sowjetischer Filme in der DDR hinweisen. Die Organe der DDR-Staatmacht beschließen, eine rasante Aktion zu unternehmen, wodurch die Manifestation unterdrückt werden soll und gleichzeitig die ganze unabhängige Bewegung in der DDR geschwächt werden soll. Mit diesem Schritt, der der Unterschrift der DDR-Verfassungsorgane unter die Schlußakte von Helsinki und unter die Dokumente des Nachfolgeprozesses ins Gesicht schlägt, ist die DDR-Führung angetreten und zwar nur ein paar Tage vor der Unterzeichnung des Ergebnisdokuments des Wiener Nachfolgetreffens, der Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dadurch gedenkt sie, zu der noch sorgfältigsten Einhaltung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten und zu der noch wirksameren Kontrolle dieses Gebietes sich zu verpflichten. Wir rufen deshalb die Regierungen der 34 Länder auf, die zusammen mit den Repräsentanten der DDR diese Dokumente unterzeichnen sollen, daß sie an die DDR-Regierung appellieren, damit sie die 11 Inhaftierten auf der Stelle entläßt, die Strafverfahren einstellt und mit der Kriminalisierung und Aussiedlung der Andersdenkenden aufhört. Wir wenden uns besonders an die Regierungen Ungarns, der Sowjetunion und Jugoslawiens. Wir bitten, die Grund-information über die Repressionen in der DDR allen Initiativen und Organisationen der unabhängigen Bewegung in Polen, der CSSR, Ungarn und der Sowjetunion mit einem Aufruf, daß sie ihre Solidarität mit den deutschen Freunden ausdrücken, die sich zusammen mit uns allen für die gemeinsame Sache Menschenrechte und Demokratie in diesem Teil Europas einsetzen.

In Prag und Wrocław, den 15.1.1989
für polnische und tschechoslowakische Solidarität

Miroslaw Jasinski, Jozef Binior, Petr Pospichal, Anna Sabatowa

Abschrift

Die Superintendenturen der Kirchenbezirke Leipzig-Ost u. L.-West

Leipzig, am 16.1.1939

An die Pfarrämter und kirchlichen Einrichtungen der Kirchenbezirke Leipzig-Ost und Leipzig-West

Im Blick auf die Ereignisse der vergangenen Tage in unserer Stadt erklären wir:

1. Der Respekt vor dem Blutzeugnis der Kommunisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, sowie die Tatsache, daß beide bewußt als Vertreter der materialistischen Weltanschauung gelebt und gekämpft haben, verbietet uns die Inanspruchnahme ihrer Ideen für jede Form der kirchlichen Verkündigung.
2. Das Zeugnis der Kirche ist und bleibt gebunden an die nicht austauschbare Botschaft vom Kreuz Christi, von der Liebe Gottes, seiner Solidarität und Versöhnung mit den Menschen und vom Ernst, der sich aus unserer Verantwortung unseres Lebens und Zeugnisses in Gottes Gericht ergibt.
Wir vertrauen darauf, daß die daraus resultierende Botschaft der Kirche und das damit verbundene konkrete Zeugnis eines jeden Christen weltweite und weltverändernde Wirkung hatte und immer haben wird. Insofern war, ist und bleibt sie ein unübersehbarer und unverwechselbarer Beitrag zu allen konkreten Bemühungen um Entspannung, Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde.
3. Darum kann für uns politische Demonstration nicht die geeignete Form des Zeugnisses der Kirche sein.
4. Wir stehen, wie immer schon, zu der Verpflichtung, uns für alle Menschen einzusetzen, die in innere und äußere Not geraten oder in Gefangenschaft geraten sind. Diesen Einsatz machen wir nicht abhängig von der Beurteilung des Denkens dieser Menschen noch davon, wie diese Menschen uns beurteilen. Wir haben uns bisher nicht zu politischer Polarisierung verleiten lassen und werden dies auch zum Christi willen jetzt nicht tun.
Wir bekennen uns sowohl zum Einsatz für alle Menschen, die unserer Fürsorge und Fürsprache bedürfen als auch zum Dialog mit denen, die die Verantwortung im Staat und Gesellschaft wahrnehmen. In beiden Fällen sehen wir unsere konkrete Verantwortung gegenüber Gott und den Menschen darin besteht der Beitrag zur Verwirklichung des Wohles der Menschen und die angemessene Antwort auf das uns entgegengebrachte Vertrauen, das ein wichtiges Gut ist.
5. Wir geben den Gemeinden als Anlage eine Namensliste der uns bekannten polizeilich zugeführten und noch in Haft befindlichen Männern und Frauen mit und bitten im Sinne unserer Positionsbeschreibung um verantwortliche Fürbitte in den Gottesdiensten und Gemeindeveranstaltungen.

gez. Friedrich Magnus
Superintendent

gez. Johannes Richter
Superintendent

Für die Zusammenstellung Verantwortliche:
Christian Delrich, Domplatz 8, Naumburg, 4800